

Keine Abschiebungen nach Marokko, in die Wüste und anderswo!

Immer wieder ist es in den letzten Wochen größeren Gruppen von Flüchtlingen und MigrantInnen geglückt, den streng bewachten Grenzzaun zwischen Marokko und den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu überwinden. Jetzt reagieren Marokko und das EU-Land Spanien mit kompromissloser Härte - nachdem schon 14 Menschen an den Zäunen ums Leben gekommen sind, nicht zuletzt durch Schüsse der Sicherheitskräfte. Bereits vergangene Woche hatte Marokko etwa 1000 Flüchtlinge und MigrantInnen aus Subsahara-Ländern an der Grenze nach Algerien mitten in der Wüste ausgesetzt. Erst auf (internationale) Proteste hin wurde diese Gruppe zurückgeholt, für einige Menschen kam indessen jede Hilfe zu spät. Der Großteil wurde anschließend per Flugzeug nach Mali und Senegal abgeschoben. Mittlerweile ist bekannt geworden, dass weitere 2000 Flüchtlinge und MigrantInnen mit Bussen in die Wüste gefahren werden. Je zwei Personen sind an den Händen gefesselt, Wasser und Nahrung steht nicht zur Verfügung. Viele der BusinsassInnen sind in willkürlichen Massenverhaftungen festgenommen worden, darunter auch StudentInnen und Menschen, die in Marokko Asyl beantragt hatten. Marokko macht sich somit zum Handlager der EU-Migrationspolitik, die EU erweist sich im Gegenzug durch wirtschaftliche Kooperation, Waffenexporte etc. erkenntlich. Auch Spanien verfährt alles andere als zimperlich: Die Abschiebungen von Flüchtlingen und MigrantInnen nach Marokko wurden zwar vorübergehend eingestellt. Doch grundsätzlich plant Spanien, Flüchtlinge und MigrantInnen anders als bislang direkt nach Marokko zurückzuschieben, so denn diese irregulär nach Spanien ‚eingereist‘ sind.

Die jüngsten Ereignisse sind Teil des Plans der europäischen Staaten, Flüchtlinge und MigrantInnen nur noch in kleiner Zahl und unter bestimmten Bedingungen in die EU reinzulassen. Italien fliegt schon seit Monaten völkerrechtswidrig massenhaft Flüchtlinge und MigrantInnen ohne jedes Asylverfahren nach Libyen aus; von dort werden sie umgehend in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Auch in diesem Zusammenhang ist es in den letzten Monaten zu massenhaften Abschiebungen mitten in die Wüste gekommen. Es steht zu befürchten, dass bereits mehrere tausend Menschen ums Leben gekommen sind. Gleichzeitig erhält Libyen Gelder von der EU, um sein Grenzregime technisch und personell aufzurüsten. Bundesinnenminister Otto Schily verfolgt außerdem hartnäckig den Plan, „Auffanglager“ in den nordafrikanischen Staaten zu errichten, erste Lager sind bereits mit italienischer Hilfe in Libyen in Betrieb genommen worden. Als offizielle Begründung müssen die Hunderten von Toten herhalten, die jährlich bei dem Versuch ertrinken, das Mittelmeer in kleinen Booten zu überqueren. Dass all diese Toten eine direkte Folge der europäischen Abschottungspolitik sind, verschweigt er dabei.

Das Ziel der EU-Politik ist klar: Flüchtlinge sind unerwünscht, auch wenn auf dem Papier das Recht auf Asyl weiterhin verbürgt ist. Erwünscht sind demgegenüber Menschen ohne Papiere - jedenfalls in

bestimmten Umfang: Sie stehen dem europäischen Arbeitsmarkt als billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskräfte zur Verfügung - ob in der Landwirtschaft, auf dem Bau, im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie, der Sexindustrie oder privaten Mittelschichthaushalten.

Wir fordern die spanische und marokkanische Regierung auf, die Abschiebungen unverzüglich einzustellen und den Flüchtlingen und MigrantInnen ein Bleiberecht zu gewähren! Wir fordern das vor dem Hintergrund, dass es leider nur eine Minderheit sein dürfte, die aus Neugier und Entdeckungslust Ausschau nach neuen Ufern hält. Die meisten Menschen sind hingegen auf der Suche nach einem besseren Leben - einem Leben in Würde und Selbstbestimmung, in Sicherheit und unter Existenzbedingungen, die nicht nur vom Allernotwendigsten geprägt sind. Oder umgekehrt: Sie brechen auf, weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden, weil sie sich vor Krieg und Diktatur oder sexistischer Verfolgung in Sicherheit bringen müssen. Gründe, die im übrigen viel mit der herrschenden Welt(wirtschafts)ordnung zu tun haben!

Für offene Grenzen! Bewegungsfreiheit für alle! Demo, Donnerstag, 13.10. 2005, 17 Uhr, Ziegenmarkt in Bremen